Heute „Sport-Spiegel"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 6000 M.

Erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel", Mittwochs „Technische Rundschau", Donnerstags „Sportspiegel", Freitags Jugendblatt „U.T.K.", Sonnabends „Haus Hof Garten". Bezugspreise: Für den Monat August M. 120 000.— einschl. Zustellg. d. die Botenfrau, Ausl. auschl. Postaufschl. bezw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug b. die Hauptexped., Berlin SW. 19, u. d. die Postanstalten in Deutsch-Oesterr., Tschechoslowak., Ungarn, der Schweiz, Luxemburg, Belgien, Frankreich, d. Niederl., Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland; sonst für alle übrig. Staaten ist d. Bezug nur mit Kreuzb. d. die Exped. d. Bl. möglich. Abonnementspreiserhöhungen jederzeit vorbehalt. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks hab. unser Bezieh. kein. Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 u. den Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 5440—5455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegr.-Adr.: „Berlibla", Berlin. — Rudolf Mosse-Code. Tagespreis für Anzeigen: Grundzeilenhöhe 1 Millimeter 1 Goldmark, Textspalte 2 Goldmark, Zeile 3 Goldmark, Familien-Anzeigen M. 60 000.—, für Familien-Anzeigen M. 30 000.—, Nachrufe nach üblich. Tarif. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben od. an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 59; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz: Köpenick. Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schiffbauerdamm 4; Hochhaus, Str. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Pilickerstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 197; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Lauenzienstr. 2; Kantstr. 84; Scharrenstr. 89; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 341; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. H.: Hauptstr. 4; Wieder: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 359

Donnerstag, 2. August 1923

52. Jahrgang

Die Einzelheiten der Goldanleihe.

Stückelung bis zu einem Dollar. — Haftung der ganzen deutschen Wirtschaft. — Zeichnungspreis: 100 Prozent. — Zeichnungsbeginn: 15. August.

Die wertbeständige Anleihe des Reichs.

Berlin, 1. August. (W. T. B.)

Um dem Drängen der Allgemeinheit nach einer wertbeständigen Anlage entgegenzukommen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, der Bevölkerung ein wertbeständiges Anlagepapier in Form einer auf den Gegenwert von Dollar in Mark lautenden Anleihe mit zwölfjähriger Laufzeit zur Verfügung zu stellen. Die Anleihe wird von der Börsenumsatzsteuer und, soweit sie selbst gezeichnet ist, von der Erbschaftssteuer befreit, eignet sich also in gleicher Weise zur dauernden Anlage von Kapitalien wie zur vorübergehenden Anlage von Betriebsmitteln.

Für Kapital und Zinsen dieser Anleihe soll anteilig die ganze deutsche Wirtschaft, Banken, Handel, Industrie, Landwirtschaft sowie jeder, der über steuerpflichtiges Vermögen verfügt, haften. Nach dem von der Reichsregierung den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegenden Gesetzentwurf wird die Reichsregierung ermächtigt werden, um den Zinsenbedarf für eine Anleihe bis zu 500 Millionen Mark Gold zu decken, Zuschläge zur Vermögenssteuer zu erheben und zur besonderen Sicherung der Kapitalrückzahlung bei Fälligkeit gegebenenfalls die einzelnen Steuerpflichtigen nach dem Verhältnis ihres steuerbaren Vermögens zur Aufbringung des Kapitalbedarfs heranzuziehen.

Die Anleihe ist bei den Darlehnskassen des Reiches beleihbar und wird sofort nach Ausgabe der Stücke an der Börse eingeführt werden.

Die Anleihe lautet auf Stücke über 4,20 Mark = 1 Dollar, 8,40 Mark = 2 Dollar, 21 Mark = 5 Dollar, 42 Mark = 10 Dollar, 105 Mark = 25 Dollar, 210 Mark = 50 Dollar, 420 Mark = 100 Dollar, 2100 Mark = 500 Dollar, 4200 Mark = 1000 Dollar. Es wird damit gerechnet, daß auch kleinere Beträge auf dem Umwege über wertbeständige Konten bei den Sparkassen in dieser Anleihe Anlage finden können. Die Stücke von 4,20, 8,40 und 21 Mark werden ohne Zinsscheine ausgegeben und bei Fälligkeit (2. 9. 35) mit einem Aufgeld zum Nennwert von 50 vom Hundert eingelöst. Die Stücke von 42 Mark und darüber tragen 6 Prozent Zinsen und sind mit einjährigen Zinsscheinen versehen (Zinsenlauf ab 1. September 1923, Fälligkeit des ersten Zinsscheines am 1. September 1924). Die Rückzahlung dieser Stücke erfolgt bei Fälligkeit (2. September 1935) zum Nennwert. Die Stücke sowie die Zinsscheine werden in Mark eingelöst entsprechend dem durchschnittlichen Dollarkurse in der Zeit vom 15. Juli bis 14. August. Der Zeichnungspreis beträgt bis auf weiteres 100 Prozent für die Einzahlung in Mark; soweit die Zahlungmit Devisen oder Dollarschatzanweisungen erfolgt, die auch zugelassen ist, wird ein Vorzugskurs von 95 Prozent bis auf weiteres in Anrechnung gebracht.

Als Zeichnungsbeginn ist der 15. August vorgesehen. Jeder Zeichner kann seine Zeichnungen bei dem Geldinstitut anbringen, mit welchem er zu arbeiten pflegt. Die Einzahlung muß am Tage der Zeichnung geleistet werden und zwar, soweit sie in Mark erfolgt, auf der Basis des letzten, vor dem Zeichnungstage notierten amtlichen Dollarkurses. Eine Verrechnung von Stückzinsen findet bei der Zeichnung nicht statt; es bleibt aber eine Erhöhung des Kurses vorbehalten.

Auch Voranmeldungen werden entgegengenommen; sie sind zu dem für den ersten Zeichnungstag maßgebenden Kurse zu berichtigen.

Zwei Sitzungen des englischen Kabinetts.

Beratung über die englische Antwort an Deutschland.

Frankreich wird der Anschluß freigehalten. — Die beabsichtigte Veröffentlichung des Notenwechsels.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

△ **London,** 1. August.

Der heutige Kabinettsrat, der sich mit der französischen und der belgischen Antwortnote befaßte, hat über zweieinhalb Stunden gedauert. Er hat sich dann vertagt und wird heute abend wieder zusammentreten. Schon dies beweist, daß wir uns am Vorabend der allerwichtigsten Entscheidungen befinden, von denen viel für die Zukunft Europas abhängen wird. Die vier Sitzungen des Kabinettsrates innerhalb zweier Tage sind in der Geschichte dieses Landes ein ungewöhnliches Ereignis. Die Beurteilung der Lage ist nach wie vor äußerst pessimistisch. Selbst das Rothermereblatt „Evening News" muß zugeben, daß man in verantwortlichen Kreisen sich nicht mehr bemühe, den Ernst der Lage zu verheimlichen. Die Absendung einer gemeinsamen Antwort an Deutschland komme nicht mehr in Frage. Man habe heute die schwache Hoffnung gehabt, daß die Regierung nochmals einen Versuch machen werde, die Mitarbeit Frankreichs zu gewinnen, aber dem widerspreche die **eingestandene Absicht der Regierung, Deutschland eine rasche Antwort zu erteilen.** Weitere Verhandlungen bedeuteten aber nur Zeitverlust, ohne greifbare Aussichten auf eine Vereinbarung zu bieten. Deshalb betrachte man es als **äußerst zweifelhaft, ob die Regierung einen nochmaligen Versuch unternehmen werde, sich mit Frankreich zu verständigen.** Aehnlich drücken sich die übrigen Blätter und Nachrichtenbureaus aus. So erfährt Preß Association aus gut unterrichteter Quelle, daß die eingehende Prüfung der französischen Note endgültig bewiesen habe, daß sie keinen wesentlichen Fortschritt gegenüber der französischen Politik von vor drei oder vier Monaten bedeutet. Nach den „Central News" wäre eine einflußreiche und wichtige Minderheit des Kabinetts, wenn nicht sogar schon eine Mehrheit zu dem Schluß gelangt, daß jede weitere Verhandlung mit Poincaré nutzlos sei, und daß der englische Entwurf veröffentlicht werden solle. Eine maßvollere Ansicht gehe dahin, daß die Beschlüsse des englischen Kabinetts der französischen Regierung formell bekanntgegeben werden sollen, wobei es Poincaré überlassen bleiben soll, ob er hierauf antworten wolle oder nicht. Schließlich erklärt auch Reuter, daß keine Hoffnung mehr besteht, Deutschland eine gemeinsame Antwort zu erteilen. **Sollte sich aber England zu einer eigenen Antwort entschließen,** fährt Reuter fort, **so würde man versuchen, Frankreich die Möglichkeit offen zu lassen, sich England anzuschließen,** sobald es dies wünsche. Nach den „Evening News" wird die Regierung, bevor sie eine Antwort an Deutschland sende, die Zustimmung des Parlaments verlangen. Die Entscheidung über die englische Antwortnote ist somit die eine der großen Aufgaben, die der heutige Kabinettsrat zu lösen hat; die andere Aufgabe betrifft die Frage der Oeffentlichkeit. Denn der Ruf nach der Oeffentlichkeit ist hier in den letzten Tagen zum politischen Schlagwort geworden. Dies kommt auch in den Abendblättern zum Ausdruck. Eines müsse morgen auf jeden Fall geschehen, schreibt „Evening Standard", und man habe volles Vertrauen, daß es Baldwin tun werde, nämlich den gesamten Notenwechsel zu veröffentlichen. Poincarés könne nicht in allen Fragen seinen Willen haben, und die englische Regierung sei berechtigt und verpflichtet, in ihrem eigenen Interesse der Welt zu zeigen, worin die Meinungsverschiedenheiten zwischen ihr und Frankreich bestehen. In höchsten englischen politischen Kreisen sei man der Ansicht, daß diese Schriftstücke die englische Regierung und ihre Politik vor der Welt rechtfertigen würden. Man glaube deshalb, daß Baldwins morgige Erklärung klar und deutlich sein werde. Noch entschiedener drückt sich die „Pall Mall Gazette" aus. Wenn Baldwin morgen spreche, so hoffe man, daß er sich endlich deutlich über die Frage äußern werde, die man zu lange geheimnisvoll behandelt habe. „Man müsse endgültig wissen", fährt das Blatt fort, „ob es noch eine Entente gibt oder nicht." Wenn sie nicht mehr besteht, dann werde die Regierung zur Verfolgung einer eigenen Politik die feste Unterstützung der unterrichteten öffentlichen Meinung erlangen und zu diesem Zwecke müsse die Regierung ihre Haltung völlig klar und deutlich darlegen. Das englische Volk sei berechtigt, endlich aus dem Nebel der Gerüchte herausgeführt zu werden, in dem es seit vielen Monaten lebe. Man erwarte von Baldwin eine unmittelbare greifbare Erklärung, wie er die gegenwärtige Lage beurteile. Die Meldung, daß die Regierung geneigt sein dürfte, den bisherigen Notenwechsel den Mitgliedern des Unterhauses zugänglich zu machen, daß aber hierbei gewisse Vervielfältigungsschwierigkeiten beständen, wird von dem „Evening Standard" bestritten.

Steuern und Goldanleihe.

Die deutsche Finanzfrage.

Von [Nachdruck verboten.]

Professor **Dr. M. J. Bonn.**

Wie alle wirklich großen Probleme ist auch die deutsche Finanzfrage in ihren Grundzügen sehr einfach. Nach dem letzten Dekadenausweis betrugen die durchschnittlichen, durch Steuern nicht gedeckten Ausgaben des Reiches 1,2 Billionen Mark am Tag. Sie werden zweifellos in der nächsten Dekade entsprechend steigen. Die durch sie verursachte Zunahme der Schatzwechsel und der Noten ist heute die wesentliche Ursache der Preissteigerung. Will man ihr Halt gebieten, so ist die umgehende Stillegung der Notenpresse nötig.

Diese Wirkung kann durch neue Steuern oder durch eine Anleihe erzielt werden, die aus den vorhandenen Kapitalbeständen der Bevölkerung und nicht aus Luftguthaben der Reichsbank stammt. Beide Methoden schränken die Kaufkraft der Konsumenten ein, sei es, daß sie ihr verfügbares Geldeinkommen reduzieren, sei es, daß sie sie behindern, dasselbe in Hamsterwaren, Wertpapieren und Devisen anzulegen. Das wird voraussichtlich nicht nur der weiteren Preissteigerung Einhalt tun, sondern bereits eine Abbröckelung bringen.

Dazu kommen psychologische Einwirkungen. Die Leichtfertigkeit der deutschen Finanzpolitik — man kann sie nur mit der Finanzpolitik vor der französischen Revolution vergleichen — entsetzt das Ausland. Das letzte Vertrauen in den deutschen Kredit ist durch die Folgen der jüngsten Devisenordnung erschüttert worden. Sobald sich zeigt, daß ein ernsthafter, ehrlicher Wille an der Arbeit ist, das finanzielle Chaos in Deutschland zu entwirren — das spricht sich sofort im Reichsbankausweis aus — wird die psychologische Einstellung des Auslandes eine andere werden. Und sobald die Preise im Innern nicht mehr steigen, wird eine gewisse Beruhigung platzgreifen.

Dabei muß man versuchen, die Preise mindestens auf dem heutigen Niveau festzuhalten und sie nicht bis auf den Stand des Dollars auflaufen zu lassen, da sonst natürlich sämtliche Ausgaben lawinenhaft anschwellen und das Defizit von neuem vergrößern. An und für sich wäre es sogar zweckmäßig, zur Beruhigung der Bevölkerung unter das heutige Preisniveau zu gehen, da nur ein kühner Eingriff die Preistreiber von dem ernsten Willen der Regierung überzeugen wird. Bei dem heutigen Stand des Dollars entspricht ein Notenumlauf von 50 Billionen Mark — und so weit sind wir einstweilen zu glücklicherweise noch nicht — einem Goldwert von nicht 200 Millionen Mark. Selbst wenn man also alle Umstände in Rechnung zieht, sind die technisch-psychologischen Voraussetzungen zu einem Eingriff gegeben.

Wird die Einstellung der Notenpresse mit der nötigen Energie betrieben, so wird erfahrungsgemäß ein Stillstand der Preise zu einem Käuferstreik auf allen Gebieten führen. Die Folge dieses Käuferstreiks werden wachsende Kreditansprüche der Händler und Produzenten sein, die die vorhandenen Waren nicht zu sogenannten Verlustpreisen abstoßen wollen. Wird gegenüber diesen Forderungen eine weitsichtige, harte Kreditpolitik getrieben, dann werden sehr bald gebrauchsfertige Waren, gehamsterte Rohstoffe, überflüssige Devisen und übermertete Wertpapiere auf den Markt kommen. Die bloße Tatsache, daß die Mark nicht mehr fällt, wird zu einer Einengung der Kauflust und der Kaufkraft führen. Und die Möglichkeit, Geld in wertbeständigen Anleihen anzulegen, wird den Drang nach Goldsachwerten sehr vermindern.

Dazu ist aber eine Finanzleitung nötig, die sich vor dem Ansturm der Interessenten nicht fürchtet, die unvermeidlich auch Arbeitslosigkeit und die Drohung mit Arbeitslosigkeit mit in den Kauf nimmt, die, wenn man erklärt, man könne nicht mehr exportieren, weil wir die Weltmarktpreise erreicht hätten, darauf hinweist, daß man auch bei Weltmarktpreisen exportieren kann, wenn man nur auf Uebergewinne verzichtet. Wir haben das bis jetzt nicht nötig gehabt, weil wir sicher waren, daß eine neue Entwertungswelle neue Sondergewinne schaffen würde. Man muß sich klar darüber werden, daß man nicht Preisabbau treiben kann und gleichzeitig die Inflationsgewinne der Interessenten zu valorisieren vermag. Eine derartige Politik wird auch die Devisenkurse senken. Sie vermindert die Nachfrage nach Devisen und sie vermehrt das Angebot. Wenn nötig, muß man sie durch Einfuhrverbote unterstützen. Befreundeten Ländern, die etwa dadurch betroffen werden, kann man jederzeit entgegenkommen, wenn sie die nötigen Einfuhrkredite zur Verfügung stellen.

Demgegenüber wird man natürlich betonen, man könne die deutsche Währung nicht stabilisieren, solange die Handelsbilanz passiv sei. Es kann sich heute nicht um eine Stabilisierung der Währung handeln. Es handelt sich darum, eine lange Atempause zu schaffen, die die Stabilisierung der deutschen Republik ermöglicht. Die deutsche Handelsbilanz ist, solange der Kampf um die Ruhr weitergeht, aller Wahrscheinlichkeit nach passiv, wenn man das ganze Jahr 1923 zugrunde legt. Für einen großen Teil dieses Einfuhrüberschusses